

# „Das Freihandelsabkommen wird noch viele Jahre nicht kommen“

Für Pascal Lamy, Ex-Chef der Welthandelsorganisation, liegt das Freihandelsabkommen mit Amerika in der Ferne. An der Politik seiner sozialistischen Parteifreunde lässt er kaum ein gutes Haar.

chs. PARIS, 14. Juli. Wer gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP ist, kann noch lange ruhig schlafen, denn es wird viele Jahre bis zu seinem Abschluss brauchen. Der Mann, der das sagt, sollte es wissen: Bis zum vergangenen September leitete Pascal Lamy acht Jahre lang die Welthandelsorganisation (WTO). „Die Vorhersage, die einmal galt, dass das Abkommen schon Ende dieses Jahres abgeschlossen werde, ist völlig unrealistisch“, sagt Lamy im Gespräch mit dieser Zeitung.

Der 67 Jahre alte Franzose bezeichnet sich heute als befreiter Mann, denn er kann sich mit den Themen beschäftigen, die ihn interessieren. Obwohl er ein Parteibuch der französischen Sozialisten hat, will ihn die Regierung in Paris nicht, denn er gilt ihr als zu „sozialliberal“. Betonung auf „liberal“. Also ist er in verschiedenen Thinktanks tätig, hält Vorträge und schreibt Bücher. „Ich habe einen bescheidenen Lebensstil, daher brauche ich auch keine Aufsichtsratsmandate in irgendwelchen Konzernen“, sagt Lamy.

Für Außenhandelsthemen konsultieren ihn Regierungen und Unternehmen wegen seiner Expertise weiterhin. Denn er spricht eine klare Sprache. „Beim transatlantischen Freihandelsabkommen handelt es sich um etwas ganz anderes als bei klassischen Handelsabkommen. Hier geht es um die Zusammenführung von Regelwerken – nicht einfach um die Annäherung von Zöllen. Das ist viel komplizierter.“ In Europa habe man dafür 30 Jahre gebraucht. „Heute haben wir in Europa unsere Ziele bei Waren etwa zu 80 Prozent erreicht, bei Dienstleistungen zu 40 Prozent. Gewichtet nach der Wirtschaftskraft, entspricht dies ungefähr der Hälfte des Weges – nach drei Jahrzehnten“.



**Erfahrener Verhandler:** *Pascal Lamy – hier noch als WTO-Generaldirektor im vergangenen Jahr*

Foto Reuters

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Lamy begrüßt das TTIP. Zwei Märkte mit 500 Millionen Konsumenten (Europäische Union) und 300 Millionen Konsumenten (Vereinigte Staaten) zusammenzuführen, sei eine große Chance, um wirtschaftliche Effizienz durch Größenvorteile zu steigern. Die Interessen der Beteiligten lägen aber ganz anders als bei klassischen Handelsabkommen. „Wenn ich über Zölle verhandle, habe ich normalerweise die Produzenten gegen mich und die Konsumenten auf meiner Seite. Wenn ich dagegen über Reglementierungen verhandle, darunter etwa Vorschriften für Nahrungsmittelsicherheit, unterstützen mich in der Regel die Produzenten, weil sie auf den vergrößerten Markt hoffen, doch die Konsumenten sind dagegen, weil sie geringere Standards befürchten.“ Lamy erwartet als Ergebnis der TTIP-Verhandlungen daher auch eine Anpassung nach oben auf je-

nem Kontinent, der die niedrigeren Normen und Standards hat. Denn auf keiner Seite würden die Verbrauchervereinigungen eine Verwässerung ihrer eigenen Regeln hinnehmen. Die Produzenten dagegen könnten eine leichte Anpassung nach oben akzeptieren, weil ein gemeinsamer Markt mit 800 Millionen Verbrauchern sehr verlockend sei.

Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. „Bisher haben die Verhandlungsseiten noch nicht einmal festgelegt, über was sie genau verhandeln wollen.“ Lamy zweifelt auch, ob es richtig ist, ein Freihandelsabkommen anzustreben, um unterschiedliche Regulierungen anzunähern. Wenn man Zölle auf verschiedene Waren vergleiche, könne man recht einfach Gegengeschäfte eingehen. Bei Normen und Standards dagegen sei das viel schwieriger. „Die Europäer werden beispielsweise nicht sagen, wir akzeptieren die amerikanischen Vorschriften für Auto-

stoßstangen, aber im Gegenzug sollen die Amerikaner die Normen für Medikamente übernehmen“, erläutert Lamy. Möglich sei es auch, anstatt der Harmonisierungsversuche die Vorschriften gegenseitig anzuerkennen. Diesen leichteren Weg habe Europa zum Teil beschritten.

Die Zunahme von Vorschriften nach dem Vorsichtsprinzip – zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern –, hält Lamy dabei für ein „Zeichen des Fortschritts und eine sozioökonomische Tatsache“ in reicher werdenden Volkswirtschaften. Aber ob man das Vorsichtsprinzip so wie in Frankreich in die Verfassung hineinschreiben müsse, sei eine andere Frage. Eine Vorschriftenflut könne auch das Unternehmertum ertränken. „Dass man keine Pestizide für Schnittblumen verwenden sollte, ist wohl klar. Aber die Zahl von Baugenehmigungen von 50 auf 15 zu verringern, erscheint mir durchaus sinnvoll.“ Die Chancen einer Harmonisierung

## Währungsfonds dringt auf Anleihekäufe der EZB

Doch die Urteilskraft des Fonds steht in der Kritik

pwe. WASHINGTON, 14. Juli. Der Internationale Währungsfonds (IWF) drängt die Europäische Zentralbank zu einem großangelegten Ankauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren. „Wenn die Inflation niedrig bleibt, sollte die Europäische Zentralbank eine substantielle Ausweitung ihrer Bilanz erwägen, einschließlich der Ankäufe von Wertpapieren“, heißt es in einem Bericht des IWF zur Europäischen Währungsunion. Der Bericht zeigt einen Wandel im Denken. Nachdem der Fonds in den vergangenen Krisenjahren vor allem eine expansive Fiskalpolitik empfohlen hatte, sieht er die politische Hauptlast im Euroraum nun überwiegend bei der Geldpolitik. Die weitgehend neutrale fiskalpolitische Ausrichtung sei angemessen, heißt es. Die geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, trommelt schon seit einigen Wochen für Anleihekäufe der EZB.

Nach zwei Rezessionsjahren prognostiziert der Fonds dem Euroraum ein Wachstum von 1,2 und 1,5 Prozent in diesem und im kommenden Jahr. Die Inflation soll bei 1,1 und 1,4 Prozent liegen. Das sei zu niedrig, betont der Fonds – und warnt vor Deflationsrisiken. Die von der EZB jüngst verkündeten expansiven Maßnahmen lobt der IWF. Doch klagen die IWF-Ökonomen, dass mit der Rückzahlung der Langfristender der EZB durch die Banken die Bilanz der Zentralbank schon wieder schrumpfe. „Es ist zunehmend schwierig für die Bank, glaubhaft zu kommunizieren, dass sie die monetären Bedingungen hinreichend unterstützend halten wolle“, heißt es. Dahinter steht die Sorge, dass der Euroraum wie Japan in den neunziger Jahren in eine lange Phase der Deflation und Stagnation fallen könnte.

Doch gibt es klare Unterschiede zwischen Japan in den neunziger Jahren und

dem Euroraum heute, die der IWF in einigen Schaubildern aufzeigt. Die langfristigen Inflationserwartungen verliefen in Japan mit dem Zusammenbruch der Aktien- und Hauspreisblase Anfang der neunziger Jahre drastisch, während sie im Euroraum bislang weitgehend stabil sind. Das spricht gegen Deflationsgefahren. Die EZB senkte im Gegensatz zur Bank von Japan die Zinsen in der Krise rasch. Zugleich gab die EZB relativ schnell viel Liquidität in den Markt, während die Bank von Japan erst gegen Ende der neunziger Jahre ihre Bilanz drastisch auszuweiten begann.

Fiskalpolitisch war der schuldenfinanzierte Stimulus im Euroraum anfänglich weitaus stärker als in Japan, wobei nach Einschätzung des IWF der Spielraum nun weitgehend ausgeschöpft ist. Ein wichtiger Unterschied zwischen beiden Wirtschaftsräumen ist nach IWF-Analyse au-

ßerdem, dass die Unternehmen in Japan relativ mehr Schulden angehäuft hatten als europäische Unternehmen.

Die Empfehlungen des Währungsfonds zum Euroraum kommen zu einer Zeit, in der seine Urteilskraft unter großer Kritik steht. Vor einem Jahr hatte der Fonds Großbritannien von einer restriktiven Fiskalpolitik und Haushaltssanierung dringend abgeraten. Die Regierung spiele mit dem Feuer, hieß es damals. 2013 wuchs die britische Wirtschaft dann aber trotz des Sparkurses um 1,8, anstatt der vom Fonds prognostizierten 0,7 Prozent. Für dieses Jahr erwartet der IWF nun ein Wachstum von 2,9 Prozent. Im Juni hatte Lagarde eingestanden, dass der Fonds die positiven Effekte der Etatsanierung unterschätzt habe und sich im britischen BBC-Programm für die verfehlten Ratschläge entschuldigt. „Muss ich auf die Knie gehen?“, fragte Lagarde.

## Kostspieliger Anpfiff in Moskau

Russland wird wohl die teuerste WM ausrichten

MOSKAU, 14. Juli. Es ist eine Tatsache, die angesichts des Konflikts rund um die Ukraine derzeit etwas surreal erscheinen mag: Die nächste Fußballweltmeisterschaft (WM), trotz allen Kommerzes auch ein Fest der Freundschaft und Verständigung unter den Völkern, wird 2018 in Russland stattfinden. Diese Ehre wurde dem Schwellenland 2010 bei der berichtigten Doppelvergabe der Fifa zugesprochen, bei der auch Qatar die Zusage für die WM 2022 erhielt. Über Sinn und Unsinn von Fußballspielen in tiefgekühlten Stadien inmitten arabischer Hitze wird reger diskutiert, auch über mögliche Korruption bei der Vergabe. Die Weltmeisterschaft in Russland hingegen lässt sich primär wegen ihrer hohen Kosten hinterfragen: Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass nach der Ausrichtung der teuersten Olympischen Winterspiele im Februar im russischen Sotschi auch das Fußballturnier 2018 das bis dato teuerste der Geschichte sein wird.

Das russische Sportministerium hat die WM-Ausgaben aus dem Staatshaushalt im März auf 621 Milliarden Rubel (18 Milliarden Dollar) veranschlagt. Darin enthalten sind Infrastrukturkosten für Straßen und Flughäfen sowie für den Bau der Stadien. Die Ausgaben für die WM in Brasilien werden laut CNBC auf mindestens 11 Milliarden Dollar geschätzt. Und im Unterschied zu Südamerika stehen die großen Arbeiten in Russland noch bevor, was mit allergrößter Wahrscheinlichkeit wie im Fall von Sotschi zu Kostenexplosionen führen wird. Schon heute, wo viele Baumaßnahmen wegen Verzögerungen noch nicht angelaufen sind, ist das Budget allein für die Fußballstadien bereits von 2,8 Milliarden Dollar im Jahr 2010 auf nun 6,9 Milliarden Dollar gewachsen.

Die Fußballspiele werden vom 8. Juni bis 8. Juli 2018 in zwölf Stadien in elf Städten zwischen Kaliningrad und Jekaterinburg ausgetragen, allesamt im europäischen Teil Russlands. Flugzeiten von bis zu drei Stunden müssen einkalkuliert werden. In Moskau wird gleich an zwei Orten gespielt, unter anderem im renovierten Luschniki-Olympiastadion. Außer diesem Stadion wird auch die Spielstätte in Jekaterinburg modernisiert; in Sotschi wird eines der Stadien der Winterspiele umfunktioniert. Die übrigen neun Stadien werden weitgehend neu errichtet.

Ein ähnliches Szenario wie in Sotschi ist absehbar, wo die Winterspiele geschätzt 50 Milliarden Dollar verschlangen: Als private Investoren werden sich häufig nur Magnaten finden, die auf gute Beziehungen zum Kreml angewiesen sind. Auch staatlich kontrollierte Konzerne müssen Verpflichtungen übernehmen. Alle leiden unter Korruption und Misswirtschaft, die bei großen Bauprojekten, die vom Staat in Auftrag gegeben werden und unter Zeitdruck fertig werden müssen, besonders groß ist. Wie die Olympischen Spiele droht auch die WM zur Selbstbereicherungsmaschine einiger Gruppen in Russland zu werden.

Zudem drohen Überkapazitäten. Wie die neuen Stadien abseits der Hauptstadt gefüllt werden sollen, ist unklar – Russland ist nicht so fußballbegeistert wie Deutschland oder Brasilien. Auch erscheinen manche Flughäfen in der russischen Provinz vielleicht passend für den Ansturm der Fans für wenige Tage, sind aber für den Betrieb in normalen Zeiten überdimensioniert. BENJAMIN TRIEBE

seien indes groß. „Wenn sich Europa und die Vereinigten Staaten etwa auf gemeinsame Crashtest für Autos einigen würden, entstünde ein Weltstandard, dem sich andere Länder rasch anschließen dürften.“

Und welche Rolle spielt Lamy's Heimatland in dieser Gemengelage? Der Franzose lässt kaum ein gutes Haar an seinen Landsleuten und seinen in Paris regierenden Parteifreunden. Das hat er auch kürzlich in seinem Buch „Quand la France s'éveillera“ (Wenn Frankreich aufwacht) dargelegt. „Die Franzosen verteuflern die Welt, die sie umgibt“, sagt er. Daher fühlt er sich teils wie ein Fremder in Frankreich. Lamy lebt in der Schweiz und kommt nur noch gelegentlich in sein Geburtsland. „Ich fühle mich auf einer Linie mit 95 Prozent der Sozialdemokraten dieser Welt. Ich muss zugeben, dass viele der übrigen 5 Prozent in Frankreich leben.“

Doch tut sich denn gar nichts in seiner Heimat? Was etliche Beobachter seit Januar als neue „Angebotspolitik“ in Frankreich sehen, sei zu wenig. „Es geht in die richtige Richtung – endlich nach 40 Jahren Verspätung. Doch die Dosierung reicht nicht. Dabei muss ich aber zugeben, dass selbst diese Dosis auf großen politischen Widerstand stößt.“ Lamy spricht von „Zähflüssigkeit“, wenn es um den Reformfortschritt in Frankreich geht – „obwohl wir seit vierzig Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt mehr hatten, seit zwanzig Jahren unter Massenarbeitslosigkeit leiden und seit zehn Jahren unsere Wettbewerbsfähigkeit schwindet“. Dabei wüssten die Franzosen genau, wo anzusetzen wäre. Expertenberichte im Auftrag der Regierung füllen seit Ende der fünfziger Jahre die Bibliotheken. „Aber die Fähigkeit, die Probleme abzustellen, ist in Frankreich schwächer als anderswo.“ Aber warum? Lamy, der dreißig Jahre die Länder der Erde bereist hat, sieht die Ursache im verzerrten Blick der Franzosen auf die Welt. „Die Hölle – das sind die anderen“, zitiert er aus einem Stück von Sartre und spielt auf die Ablehnung der Globalisierung durch die Franzosen an. „Wenn Sie glauben, dass der Rest der Welt das Problem ist, und nicht Sie, dann kommt nichts voran.“ Zumal in einem Land, dass mit dem Präsidialsystem eine Art Heilsbringer in den Elysée-Palast wählt, der den Glauben an den Staat als Retter nur verstärke.

Die französische Regierung meint indes, dass sie den Rest der Welt durchaus beeinflussen könne. Man muss sich nur

die Reden über die „Erfolge“ der französischen Europapolitik anhören. Ist das eine Fehlvorstellung? „Der Versuch ist legitim. Doch Frankreich zählt heute weniger. Es kommt nicht mehr auf die Zahl der Atombomben und einen Sitz im UN-Sicherheitsrat an.“ Dabei habe Frankreich alle Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, meint Lamy, „schauen Sie sich nur unsere multinationalen Konzerne an. Das Problem ist, dass Frankreich in seinem Körper weitgehend globalisiert ist, aber nicht in seinem Kopf.“

### Brüssel verhandelt

Begleitet von Protesten von Verbraucherschützern, Gewerkschaften und Globalisierungsgegner haben Unterhändler von EU und Vereinigten Staaten am Montag in Brüssel die Gespräche über einen transatlantischen Freihandelsraum fortgesetzt. Der EU-Verbraucherverband Beuc warnte davor, dass das Abkommen die Interessen von Konzernen über das Recht der Staaten stellen könnte, neue Umwelt- oder Verbraucherschutzstandards aufzustellen. Anlass dafür sind die Investitionsschutzregeln, die in dem kurz TTIP genannten Abkommen verankert werden sollen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) teilte mit, es gebe unverändert die Sorge, dass Arbeits-, Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards unter die Räder gerieten. Diese Standards dürften nicht als Handelshemmnisse bewertet werden. Der DGB verwies darauf, dass die Amerikaner nur zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert hätten. Immer wieder gebe es zudem Berichte über eine Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten. In der 6. Verhandlungsrunde geht es unter anderem um Marktzugang. Die Europäer wollen darlegen, wie sie sich den Zugang bei Dienstleistungen und Investitionen vorstellen. Mit TTIP wollen die EU und die Vereinigten Staaten die größte Freihandelszone der Welt mit zusammen 800 Millionen Menschen schaffen.hmk.

## 700 Milliarden Euro für die Banken

Ökonomen erwarten hohe Nachfrage nach EZB-Geld

ppl. FRANKFURT, 14. Juli. Die Banken werden nach einer Umfrage bei den kommenden Finanzierungsgeschäften der EZB mehr als 700 Milliarden Euro an günstigen Krediten von der Zentralbank aufnehmen. Das ist die mittlere Schätzung von 45 Ökonomen in einer Umfrage der Nachrichtenagentur Bloomberg. Die Europäische Zentralbank hat angekündigt, von Herbst dieses Jahres an in mehreren Wellen Langfristkredite (TLTRO) zu einem sehr günstigen fixen Zins von 0,25 Prozent anzubieten. Laut EZB-Präsident Mario Draghi könnte das maximale Volumen eine Billion Euro betragen. Ziel sei, die Banken zu mehr Krediten an die Realwirtschaft anzuregen. Laut der mittleren Prognose der befragten Ökonomen werden die Banken bei den ersten beiden TLTRO im September und Dezember dieses Jahres 305 Milliarden Euro aufnehmen. Bei den folgenden sechs TLTROs seien 405 Milliarden Euro Kreditaufnahme zu erwarten, so dass die Gesamtsumme auf 710 Milliarden Euro steige. „Das Geld ist billig, und die Banken empfinden kein Stigma dabei, einen Gratis-Lunch anzu-

nehmen“, sagte Alan McQuaid, Chefvolkswirt von Merrion Capital in Dublin, gegenüber Bloomberg. Er erwartet, dass die Banken sogar das Maximum von einer Billion Euro nehmen würden.

Bei Draghis Amtsantritt vor gut zweieinhalb Jahren machte er zwei große Langfristgeldleihen – als Geldkaneone „Dicke Bertha“ bezeichnet –, bei denen sich die Banken brutto rund 1 Billion Euro beschafften. Ein erheblicher Teil dieses Geldes wurde aber in Staatsanleihen investiert. Dies soll bei den neuen „zielgerichteten“ Krediten vermieden werden. Die Banken müssen nachweisen, dass sie ihren Trend der Kreditvergabe verbessern. Einige Ökonomen sind aber skeptisch, ob die Bedingungen nicht zu weich sind. 44 Prozent der befragten Ökonomen glauben, dass die EZB Ende dieses Jahres ein Programm zum Kauf von verbrieften Krediten (ABS) starten werde. Dieser Anteil ist etwas gesunken. Laut der Umfrage werden die Leitzinsen noch lange niedrig bleiben. Nur jeder achte Ökonom erwartet 2015 eine Zinserhöhung. 42 Prozent erwarten erst 2017 oder später eine Leitzinsanhebung.

## Wettbewerb bringt Wachstum

Neue Studie: Scharfe Gesetze verbessern die Produktion

bern. FRANKFURT, 14. Juli. Wenn ein Staat seine Wettbewerbspolitik verbessert, wächst auch seine Produktivität schneller. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die dieser Zeitung vorliegt. Im Auftrag der Europäischen Kommission hat der Wettbewerbsforscher Thomas Duso einen Index entwickelt, mit dem er das Kartellrecht und die Fusionskontrolle in unterschiedlichen Ländern Europas bewertet und untersucht, wie scharf diese Gesetze durchgesetzt werden: Wie viel Datenzugriff haben die Wettbewerbsbehörden? Wie viel Geld haben sie zur Verfügung? Und welche Strafen drohen Unternehmen, die gegen die Wettbewerbsgesetze verstoßen?

Das Ergebnis ist deutlich: Je wirkungsvoller die Marktmacht großer Unternehmen begrenzt und beschnitten wird, desto schneller wächst die Produktivität der jeweiligen Branche – also die Fähigkeit, mit der gleichen Arbeitszeit und dem gleichen Material mehr Produkte herzustellen. Das könnte daran liegen, dass in solchen Situationen kleinere Unternehmen den größeren eher Konkurrenz machen können und sie so dazu zwingen können, sich mehr neue Produktionsverfahren auszudenken. Größere Reformen im Wettbewerbsrecht können das Produktivitätswachstum sogar fast verdoppeln, wie der Forscher anhand von Daten der Jahre 1995 bis 2005 festgestellt hat.

Großbritannien beispielsweise gab den Wettbewerbsbehörden um die Jahrtausendwende mehr Macht, um wettbewerbschädigendes Verhalten von Unternehmen zu entdecken. Prompt wuchs die Produktivität in der Lebensmittelindustrie im Jahr 2002 um 5,2 Prozent, während es im Jahr 2001 noch 3,2 Prozent gewesen waren.

In der Studie betrachtet der Forscher nur die Jahre bis 2005, weil die Datenerhebung besonders kompliziert war – sowohl die Erhebung von Änderungen im Wettbewerbsrecht vieler europäischer Länder als auch die Daten über die Produktivität.

Auch die Niederlande hatten Erfolg mit einer besseren Wettbewerbspolitik, wie die Studie zeigt: Sie erhöhten das Budget der Wettbewerbsbehörden und ermöglichten ihnen, qualifiziertere Mitarbeiter einzustellen. Das wirkte beispielsweise in der Textilindustrie: Dort war die Produktivität im Jahr 2001 noch um 1,2 Prozent gewachsen, im Jahr 2002 waren es schon 3,6 Prozent.

Auch Deutschland hat der Studie zufolge noch Spielraum, seine Wettbewerbspolitik zu verbessern. Zwar gehören die Gesetze laut Studie bereits zu den schärfsten in zwölf untersuchten Staaten. Doch die praktische Durchsetzung könnte dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge noch stärker sein: Budget und Personalstärke der Wettbewerbsbehörden seien noch relativ gering.

## Kindersichere Online-Casinos

Kommission will Jugendliche vor Spielsucht schützen

hmk. BRÜSSEL, 14. Juli. Der Glücksspielmarkt im Internet ist in den vergangenen Jahren rapide gewachsen. Lagen die Jahreseinnahmen im Jahr 2008 noch bei 6,2 Milliarden Euro, so werden die Europäer 2015 nach Schätzung der Europäischen Kommission mit 13 Milliarden schon mehr als doppelt so viel Geld für Online-Poker, Sportwetten und andere Glücksspiele ausgeben. Ein Grund dafür ist auch die immer stärkere Verbreitung von internetfähigen Smartphones und Tabletcomputern. 6,84 Millionen Spieler hat die Brüsseler Behörde identifiziert.

Die nutzen nicht nur Angebote von einheimischen Glücksspiel-Anbietern, sondern auch solche ausländischer Anbieter. Die Europäische Kommission hat deshalb am Montag in Brüssel erstmals einheitliche Regeln für die europäische Online-Glücksspielbranche vorgeschlagen. Ziel ist es, dem Wirrwarr nationaler Vorgaben ein Ende zu setzen. Zunächst setzt die Kommission dabei auf eine für die EU-Staaten verbindliche Empfehlung. Der zuständige EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier machte aber klar, dass die Kommission mit verbindlichen Regeln nachlegen könnte, wenn die Staaten nicht handeln. In zweieinhalb Jahren soll sie die Regelung der Branche in den EU-Staaten noch einmal genau überprüfen.

Der besondere Fokus der Kommission liegt auf dem Schutz von Kindern. Ungefähr 6 Prozent der Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren spielen einer EU-Studie zufolge Glücksspiele im Internet. Diese Jugendlichen sind zugleich besonders gefährdet, internetsüchtig zu werden. Die Kommission fordert die Staaten deshalb auf, Minderjährige so wenig wie möglich

mit Werbung für Glücksspiele in Kontakt kommen zu lassen. Internetnutzer sollen bei der Anmeldung auf Glücksspielseiten sowohl Alter als auch Identität angeben müssen und die Anbieter verpflichtet sein, diese Angaben auch zu überprüfen.

Auch erwachsene Spieler will die Kommission besser schützen. Die Kommission stellt auch neue Regeln für die Werbung für Online-Glücksspiele auf. Die Betreiber sollen keine falschen Versprechen über die Gewinnchancen machen und nicht suggerieren, dass sich durch das Spielen soziale, berufliche oder finanzielle Probleme lösen ließen. Vor allem aber sollen die Spieler bei der Einrichtung ihrer Benutzerkonten Obergrenzen für Spieldauer und Verluste festlegen und den Zugang zu Glücksspielseiten selbst ohne Schwierigkeiten sperren können.

Die Betreiber wiederum sollen das Verhalten der Spieler beobachten und bei zu hohen Verlusten oder Anzeichen für Sucht einschreiten. Die europäische Glücksspielbranche selbst sieht in den neuen EU-Vorgaben kein Problem. Sie stünden im Einklang mit den „Maßnahmen zum verantwortungsvollen Umgang mit im Fernabsatz angebotenen Glücksspielen und Wetten“, denen sich die Anbieter ohnehin unterworfen hätten, teilte der Dachverband der Internetanbieter Egba am Montag mit. Die Online-Glücksspielanbieter wollen mit allen Mitteln vermeiden, dass die Kommission doch noch verbindliche Regeln für ihre Branche vorschlägt. Bestehen bliebe so oder so ein anderes Problem: Die meisten Glücksspielangebote im Internet stammen gar nicht von europäischen Betreibern, sind nicht registriert und somit illegal.